

# WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 30

24.07.2017

QUELLE:



## ZUSAMMENFASSUNG

- **UNGARN IM SPITZENFELD DER EU.** Nach aktuellen Angaben des Arbeitsamtes ist die Zahl der Personen auf Stellensuche in Ungarn auf 279.000 Menschen gesunken. Während die Erwerbslosenquote in Ungarn, Großbritannien, Tschechien, auf Malta und in Deutschland 5 Prozent oder weniger beträgt, bewegt sich diese in Griechenland und Spanien weiterhin um 20 Prozent.
- **WEITER BESCHLEUNIGTE DYNAMIK DES LOHNNANSTIEGS.** In den ersten fünf Monaten dieses Jahres legten die Brutto- ebenso wie die Nettolöhne um durchschnittlich 12,1 Prozent zu. Dank eines günstigen Umfeldes einer gedämpften Inflation erhöhte sich der Realwert der Löhne um 9,5 Prozent, so dass die Reallöhne mittlerweile seit 53 Monaten ununterbrochen steigen. Ein vergleichbar starker Anstieg der Reallöhne über einen Zeitraum von fünf Monaten hinweg wurde seit mehr als 15 Jahren nicht mehr registriert.
- **ISRAELS MINISTERPRÄSIDENT AUF HISTORISCHEM BESUCH IN UNGARN.** Zum ersten Mal nach dreißig Jahren besuchte ein israelischer Ministerpräsident Ungarn; obendrein ist Benjamin Netanjahu der erste israelische Ministerpräsident, der an einem Gipfeltreffen der Visegrád-Staaten teilnahm. Das Treffen zeigte abgesehen von der Stärke der Beziehungen zwischen dem jüdischen Staat und Ungarn, dass die V4-Staaten neben der Migrationskrise auch auf anderen Gebieten erfolgreich zusammenarbeiten können.
- **VIKTOR ORBÁN VERKÜNDETE IN BAD TUSCHNAD DIE REFORM EUROPAS.** Die Rede von Viktor Orbán im siebenbürgischen Tusnádfürdő (Bad Tuschnad) und die Reaktionen der Oppositionsparteien zeigen sehr gut, dass die Regierungsparteien den Erwartungen der Gesellschaft folgend die richtigen Antworten auf die Ungarn und Europa treffenden Herausforderungen zu geben bemüht sind, wohingegen die Opposition auch weiterhin nicht imstande ist, eine kohärente Alternative auszugestalten. Der Ministerpräsident verkündete in Tusnádfürdő eine Reform Europas beziehungsweise skizzierte die für eine nationale Selbständigkeit unabdingbaren politischen Aufgaben.
- **DIE OPPOSITIONSPARTEIEN ÜBERLEGEN AN EINER ZUSAMMENARBEIT IN 2018.** Medienberichten zufolge stimmen sich führende Vertreter der Sozialisten und der Jobbik bereits über die Formen einer Zusammenarbeit bei den Wahlen 2018 ab. Der Ministerpräsidentenkandidat der MSZP, László Botka, sagte, er möchte mit allen politischen Kräften zusammenwirken, die einen Regierungswechsel wollen, und wünscht einen Schulterschluss. Im Hintergrund dürften Oligarchen stehen, die für ein Zusammengehen der Opposition plädieren.

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

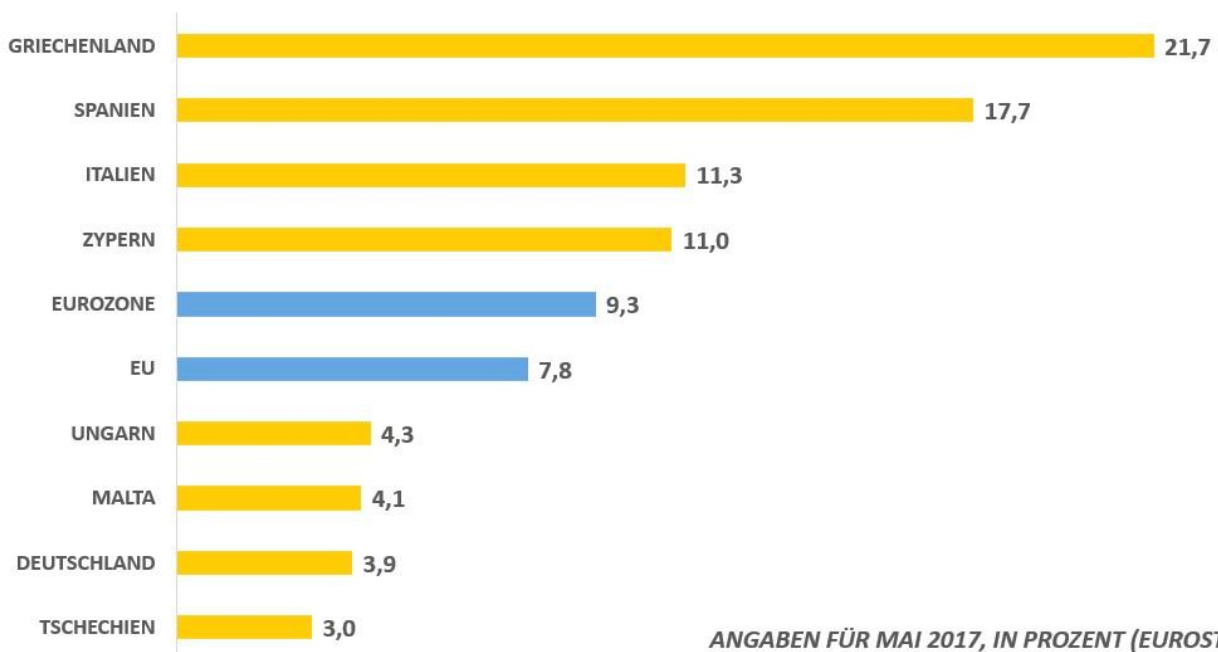
### Ungarn im Spitzenfeld der EU

Nach aktuellen Angaben des Arbeitsamtes ist die Zahl der Personen auf Stellensuche in Ungarn auf 279.000 Menschen gesunken. Während die Erwerbslosenquote in Ungarn, Großbritannien, Tschechien, auf Malta und in Deutschland 5 Prozent oder weniger beträgt, bewegt sich diese in Griechenland und Spanien weiterhin um 20 Prozent.

Nach der Definition der ILO belief sich die Zahl der Erwerbslosen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren im Zeitraum März-Mai 2017 auf 203.100 Personen, was einer Erwerbslosenquote von 4,4 Prozent entspricht. Das sind wieder 1,1 Prozentpunkte weniger, als vor einem Jahr zur gleichen Zeit.

Im Juni wurden 29.800 Berufsanfänger registriert, deren Anteil an allen Stellensuchenden 10,7 Prozent erreichte. Ein überwiegender Teil der Menschen auf Jobsuche verfügt nur über einen niedrigen Schulabschluss, 43 Prozent haben gerade einmal die Grundschule absolviert, während 51 Prozent über einen Mittelschulabschluss verfügen.

**DIE EU-MITGLIEDSTAATEN MIT DER HÖCHSTEN UND DER NIEDRIGSTEN ERWERBSLOSENQUOTE**



Was die Erwerbslosenquote angeht, gibt es erhebliche Abweichungen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU; Ungarn ist unter den Spitzenreitern innerhalb der Gemeinschaft platziert.

Die Gefahr der Verarmung oder das Risiko gesellschaftlicher Ausgrenzung gingen in den meisten Mitgliedstaaten seit 2012 zurück oder haben sich zumindest stabilisiert. In zahlreichen Mitgliedstaaten wurden sogar deutliche Rückgänge verzeichnet, unter anderem in Ungarn, Kroatien, Irland, Lettland, Polen und Rumänien.

In Ungarn wurden im Juni im Übrigen 122.000 freie Stellen ausgewiesen, von denen am Monatsende noch immer 88.000 unbesetzt blieben. Die Zahl der neu verkündeten Stellen belief sich auf 29.200, wobei die Arbeitgeber für die Hälfte dieser Jobangebote staatliche Beihilfen beantragten. Der größte Bedarf an neuen Arbeitskräften konzentrierte sich auf die Komitate Borsod-Abaúj-Zemplén und Szabolcs-Szatmár-Bereg im Nordosten des Landes sowie auf die Hauptstadt Budapest. In den öffentlichen Arbeitsprogrammen wurden 8.500 Stellen angeboten.

## Weiter beschleunigte Dynamik des Lohnanstiegs

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres legten die Brutto- ebenso wie die Nettolöhne um durchschnittlich 12,1 Prozent zu. Dank eines günstigen Umfeldes einer gedämpften Inflation erhöhte sich der Realwert der Löhne um 9,5 Prozent, so dass die Reallöhne mittlerweile seit 53 Monaten ununterbrochen steigen. Ein vergleichbar starker Anstieg der Reallöhne über einen Zeitraum von fünf Monaten hinweg wurde seit mehr als fünfzehn Jahren nicht mehr registriert.

Kalkuliert mit einer Inflationsrate von 2,1 Prozent im Mai und von 2,4 Prozent im Schnitt der ersten fünf Monate ergibt sich ein Reallohnanstieg von 10,6 Prozent für den Monat Mai und von 9,5 Prozent für den Zeitraum Januar-Mai. Zu diesem Wachstum trugen die Anhebung des Mindestlohns und des garantierten Lohnminimums für Fachkräfte zu Jahresbeginn um 15 beziehungsweise 25 Prozent sowie die Lohn- und Gehaltsangleichungen in mehreren Segmenten der öffentlichen Hand beziehungsweise für Mitarbeiter staatlicher Versorgungsunternehmen bei.

Die Bruttodurchschnittslöhne beliefen sich ohne Personen in öffentlichen Arbeitsprogrammen bei den Unternehmen auf 309.000 Forint sowie im öffentlichen Sektor auf 318.000 Forint im Monat. Ohne Berücksichtigung von Prämien, Zulagen und anderen unregelmäßigen Auszahlungen stiegen die monatlichen regelmäßigen Einkommen auf dem freien Markt um 11,8 Prozent, wobei die durchschnittliche Prämienhöhe um 4,8 Prozent geringfügiger als noch im vorigen Mai ausfiel.

Im öffentlichen Sektor wiederum schossen die unregelmäßigen Ausschüttungen um 21,9 Prozent nach oben, während die regelmäßigen Bezüge insgesamt um 15,0 Prozent zulegten.

## AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

### Israels Ministerpräsident auf historischem Besuch in Ungarn

Zum ersten Mal nach dreißig Jahren besuchte ein israelischer Ministerpräsident Ungarn; obendrein ist Benjamin Netanjahu der erste israelische Ministerpräsident, der an einem Gipfeltreffen der VisegrádStaaten teilnahm. Das Treffen zeigte abgesehen von der Stärke der Beziehungen zwischen dem jüdischen Staat und Ungarn, dass die V4-Staaten neben der Migrationskrise auch auf anderen Gebieten erfolgreich zusammenarbeiten können.

Auf Anregung von Benjamin Netanjahu kommt eine gemeinsame Antiterrorismus-Arbeitsgruppe Israels mit den vier Ländern der Visegrád-Gruppe (V4) zustande. Dies erlangt eine außerordentlich große Bedeutung, denn wenn Israel nicht mit militärischer Gewalt gegen die militanten Terrorgruppen auftritt, wird es immer neue Migrantenströme in Richtung Europa geben, und damit auch in Richtung Ungarn. Das jetzige Treffen verdeutlicht, dass die V4 neben der Migrationskrise auch auf zahlreichen anderen Gebieten, so etwa in außen- und geopolitischen Fragen, erfolgreich kooperieren können.

Dementsprechend richten Ungarn, Polen, die Slowakei und Tschechien ein gemeinsames Schreiben an den Ministerpräsidenten Italiens, treten sie geschlossen dafür ein, eine der aus London umziehenden EU-Agenturen in die Visegrád-Staaten zu holen, beziehungsweise erteilen sie dem ungarischen Ministerpräsidenten ein Mandat zu Verhandlungen mit Frankreich über die Aussendungsrichtlinie sowie dem slowakischen Ministerpräsidenten ein Mandat, um mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, bereits an diesem Donnerstag über die zweierlei Qualität von Lebensmitteln im Osten und Westen der EU zu verhandeln.

Den Stellenwert des Gipfeltreffens zeigt weiterhin, dass die Ministerpräsidenten der V4-Länder ankündigten, sie wollen der Europäischen Union eine positive Bewertung jener Anstrengungen ans Herz legen, die Israel im Interesse einer Stabilisierung des Nahen Ostens unternimmt. Ungarn und die Visegrád-Staaten vertreten den Standpunkt: Wenn die Europäische Union nicht mit Israel kooperiert, bestraft sie sich selbst.

Die laufend erstarkenden Beziehungen zwischen Ungarn und Israel werden dadurch verdeutlicht, dass der Wert der israelischen Investitionen in Ungarn mit Stand Ende 2014 rund 11 Milliarden Dollar erreichte, was 12 Prozent sämtlicher Direktinvestitionen aus dem Ausland in Ungarn sind. In Ungarn werden im Übrigen 172 israelische Unternehmen betrieben, die 4.570 Menschen Arbeit geben. Das bilaterale Handelsvolumen belief sich 2016 auf 525 Millionen Dollar und lag damit 12 Prozent über dem 2010 erreichten Volumen.

Somit ist Israel ein wichtiger Teil der ungarischen Volkswirtschaft, welche Position noch durch jenen Umstand gestärkt wird, dass die Eximbank einen Kreditrahmen von 600 Millionen Dollar für gemeinsame Projekte von Unternehmen beider Länder aufgelegt hat.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### Viktor Orbán verkündete in Bad Tuschnad die Reform Europas

Die Rede von Viktor Orbán im siebenbürgischen Tusnádfürdő (Bad Tuschnad) und die Reaktionen der Oppositionsparteien zeigen sehr gut, dass die Regierungsparteien den Erwartungen der Gesellschaft folgend die richtigen Antworten auf die Ungarn und Europa treffenden Herausforderungen zu geben bemüht sind, wohingegen die Opposition auch weiterhin nicht imstande ist, eine kohärente Alternative auszugestalten. Der Ministerpräsident verkündete in Tusnádfürdő eine Reform Europas beziehungsweise skizzierte die für eine nationale Selbständigkeit unabdingbaren politischen Aufgaben.

Angefangen von eigenständigen Entwicklungen in der Verteidigungsindustrie über die Implementierung von Innovationen bis hin zur Zurückweisung des IWF-Darlehens und zur Stärkung der wirtschaftlichen Rolle des nationalen Eigentums redete Viktor Orbán in Tusnádfürdő von zahlreichen Gebieten, mit denen die Stärkung der nationalen Souveränität betont wird. Als größte Herausforderung kennzeichnete Viktor Orbán die demographischen Probleme, so dass in der nächsten Zeit mit einer Ausweitung des Systems an Familienzuschüssen gerechnet werden darf.

Ein weiteres wichtiges Element in der Rede des Ministerpräsidenten war die Formulierung eines europäischen Reformplans, in dem er von Schritt zu Schritt aufzeigte, wie sich Europa nach seinen Vorstellungen retten ließe, wie es reformiert werden müsste. Unter den Elementen dieses Planes

finden wir ein Überdenken der Rolle der Europäischen Kommission, die Umgestaltung der Entwicklungspolitik, die Modifizierung der Steuerpolitik auf europäischer Ebene, eine beschleunigte Erweiterung der Gemeinschaft beziehungsweise den Abschluss strategischer Übereinkünfte mit der Türkei und Russland. Dementsprechend besitzen die ungarischen Parlamentswahlen im kommenden Jahr nicht nur einen innenpolitischen, sondern einen europäischen Einsatz, nachdem Ungarn einer der wichtigsten Fürstreiter einer Reform der Europäischen Union ist. Damit aber erlangt es Relevanz, ob das Votum durch eine nationale oder aber eine globalistische Kraft gewonnen wird.

## Die Oppositionsparteien überlegen an einer Zusammenarbeit in 2018

Medienberichten zufolge stimmen sich führende Vertreter der Sozialisten und der Jobbik bereits über die Formen einer Zusammenarbeit bei den Wahlen 2018 ab. Der Ministerpräsidentenkandidat der MSZP, László Botka, sagte, er möchte mit allen politischen Kräften zusammenwirken, die einen Regierungswechsel wollen, und wünscht einen Schulterchluss. Im Hintergrund dürften Oligarchen stehen, die für ein Zusammengehen der Opposition plädieren.

Bei zahlreichen Nachwahlen kam es in der Vergangenheit bereits zur Zusammenarbeit des linken Lagers mit der Jobbik. So stellte die Jobbik beispielsweise bei der Nachwahl um das Parlamentsmandat von Veszprém 2015 formell einen eigenen Kandidaten, dessen Wahlkampagne aber ausgesprochen „schaumgebremst“ erschien und sich eher gegen Fidesz-KDNP und deren Kandidaten Lajos Némedi als gegen den von der Linken unterstützten Kandidaten Zoltán Kész richtete. So konnte Letzterer das Mandat im Parlament erringen, während sich über die Jobbik-Kandidatin Andrea Varga-Damm in der Zwischenzeit herausstellte, dass sie gute Kontakte zu dem Oligarchen Lajos Simicska unterhält, der wiederholt den Sturz der Orbán-Regierung propagierte.

Die hinter den Parteien stehenden Milliardäre übernehmen auch heute wieder eine aktive Rolle, um die Wahlen 2018 vorzubereiten. Dabei besitzt zweifelsohne George Soros den größten Erfahrungsschatz, der schon 1994 der Wahlkampagne des seiner ungarischen Stiftung nahestehenden liberalen SZDSZ assistierte, bevor er mit Hand anlegte, um eine Koalition zwischen der liberalen Partei und der MSZP zustande zu bringen.

Den Oppositionsparteien dürften von außen auch Organisationen des Soros-Netzwerks zur Hilfe eilen, die bemüht sein werden, die öffentliche Meinung gegen die Regierung aufzubringen. Neben der Unterstützung von Weiterbildungskursen in Sachen zivile Ungehorsam zeigt sich dies eindrucksvoll daran, dass dem von László Majtényi – dem Ex-Kandidaten der Opposition für das Amt des Staatspräsidenten – geführten Politischen Institut „Károly Eötvös“ auf Initiative der Soros-Stiftung im vergangenen Jahr eine größere Summe von der Open Society Foundation des amerikanischen Milliardärs zugesprochen wurde, um „die Angelegenheit der Verfassungskonformität ständig auf der Tagesordnung zu halten und mit praktischen Schritten den Prozess einer Rückkehr zur Verfassungsmäßigkeit zu befördern.“

## PROGNOSE

- Am 26. Juli werden die Schwellenwerte der Punktzahlen für die Aufnahme in die Hochschuleinrichtungen bekanntgegeben.
- Am 27. Juli wird in Budapest, auf dem Friedhof Farkasrét, Abschied von der Schauspielerin Éva Schubert genommen.
- Am 27. Juli gibt das Statistische Amt KSH die aktuellen Arbeitsmarktdaten bekannt.
- Am 27. Juli werden die Vereinigten Staaten ihren Staatsbürgern voraussichtlich offiziell untersagen, nach Nordkorea einzureisen. Nach Informationen von Koryo Tours und Young Pioneer Tours wird das Verbot 30 Tage nach seiner Verkündung in Kraft treten.
- Am 28. Juli veranstaltet die örtliche Momentum-Bewegung von Pécs wegen der angeschlagenen finanziellen Lage der Stadt auf dem zentralen Platz Széchenyi tér eine „Aufkleberaktion.“
- Am 30. Juli kommt es wahrscheinlich zur Wahl der Delegierten einer verfassunggebenden Versammlung in Venezuela, das sich innenpolitisch praktisch im Bürgerkrieg befindet. Die Vereinigten Staaten werden schwerwiegende wirtschaftliche Sanktionen gegen Venezuela einführen, sollte das Maduro-Regime eine verfassunggebende Versammlung erzwingen.
- Am 30. Juli endet in Budapest die Schwimm-WM.